

Einreicher: CDU-Fraktion**Antrag****öffentliche Sitzung**

Beratungsfolge	Datum	Stimmenverhältnis				Lt. Beschluss- vorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegen- des Formblatt)
		Ja	Nein	Stimmen- enthaltung	Ein- stimmig		
Kreistag Uckermark	11.03.2015						

Inhalt:

Erhalt des Landkreises Uckermark

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag bekennt sich zur Eigenständigkeit des Landkreises Uckermark. Er unterstützt die Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen, lehnt aber eine Zwangsfusion ab.
2. Der Kreistag beauftragt den Landrat diesen Beschluss des Kreistages
 - der Landesregierung
 - dem Landtag
 - und dem Landkreistagunverzüglich mitzuteilen.

gez. Christian Hernjoki
Unterschrift21.01.2015
Datum

Begründung:

Der Landkreis Uckermark hat mit einer Fläche von 3058 km², flächenmäßig einer der größten Deutschlands, bereits eine Größe, die zahlreiche Belastungen für die Bevölkerung mit sich bringt. Außer in Mecklenburg Vorpommern wird diese Größe nirgends in der Bundesrepublik überschritten. Eine Fusion beispielsweise mit dem Barnim würde ein Gebilde mit 4.530 km² und 299.378 Einwohner mit einer Ausdehnung von 150 km schaffen, das als identitätsstiftender Landkreis nicht mehr zu bezeichnen wäre und Zumutung für die Bevölkerung und eine hohe Belastungen der Kreisbediensteten darstellen würde.

Die bisher von Kreisfusionen erwarteten Einspareffekte in den Verwaltungen sind nirgends eingetreten und konnten von der Enquetekommission auch für Brandenburg nicht nachgewiesen werden.

Andererseits löst eine Kreisfusion die wirklich drängenden Zukunftsprobleme der Uckermark überhaupt nicht, ja, sie verschärft sie sogar. Die sehr unterschiedlichen Problem- und Interessenlagen der zu fusionierenden Landkreise lassen dauerhaft schwerwiegende innere Konflikte erwarten.

Die Fusion von Landkreisen negiert die Selbstheilungskräfte eines Landkreises, denn entgegen aller Behauptungen ist nachgewiesen, dass kleine Verwaltungen effizienter, kostengünstiger und durch ihre regionale Verbundenheit bürgerfreundlicher sein können. Die Möglichkeiten, Verwaltungskosten innerhalb der bestehenden Strukturen einzusparen, sind längst nicht ausgeschöpft.